

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

62. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 14. Febr.

11 Uhr. Am Ministerische Friedberg und Commissarien.
In der ersten Beratung des Gesetzes, enthaltend Bestimmungen über das Notariat, bemerkt der Abg. Träger, Ich bitte die Regierung, der definitiven gesetzgeberischen Erledigung der ganzen Materie des Notariatswesens mit allem Eifer sich hinzugeben. Es ist sehr zu bedauern, dass dies nicht gelegentlich der Reichstagsperiode geschehen ist. Eine Reichsnotariatsordnung ist ein dringendes Bedürfnis. Bei einer solchen wünsch ich die obligatorische Heranziehung von Juristen zu Notariatsacten beizubringen zu sehen. Es bietet doch eine sehr fragliche Sicherheit, dass der Schreiber Kunde und der Portier Joseph einer solchen Verhandlung beistehen. Der älteste Notar erscheint durch diesen Reuegenzwang unzuverlässiger, als der jüngste Gerichtsassessor, da Letzterer allein mit den Parteien verhandelt. Daneben schreie ich die Möglichkeit einer Indiscretion der Zeugen und die Gebühren von einer Mark für dieselben das Publikum von Notariatsverhandlungen ab. Absolut notwendig ist ferner die Trennung der Advocatur vom Notariat. Die Advocaten sind jetzt nicht mehr Beamte und freizügig; der Notar muss aber Beamter bleiben und seinen Wohnsitz nicht ändern dürfen. Die Vereinigung der beiden ganz verschiedenartigenämter führt leicht zu Unzulänglichkeiten, da der Notar oft eine bei dem Notariatsacte betheiligte Person später als Anwalt in derselben Sache vertreten muss. Die nicht zu Notaren ernannten Anwälte werden aber dadurch zu einer zweiten Klasse degradirt, die in den Augen des Publikums weniger qualifizirt ist. Wenn die Notare nicht mehr Anwälte sind, dann müssen alle Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit ihnen allein übertragen und den Gerichten entzogen werden, damit das Notariat die nöthigen Einnahmen gewährt.

Abg. Petri fragt, ob die von Bürgermeistern und Ortsgerichten aufgenommenen Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit, auch nach diesem Gesetze Glaubwürdigkeit behalten, soweit sie ihnen nach den besonderen Gesetzen zustand, und wünscht eine Zusammenstellung der nach geltenden Bestimmungen des Notariatsgebührengesetzes vom 11. Mai 1851.

Minister Friedberg: Die Regierung theilt den Wunsch einer allgemeinen Regelung des Notariatswesens. Die reichsgesetzliche Regelung ist angeregt worden, aber sie hat so viele Schwierigkeiten, dass man zur Zeit davon Abstand genommen hat. Die Regelung durch Particulargesetze würde aber die Rechtsverschiedenheit auf dem Gebiet des Notariats nicht nur erhalten, sondern bestärken. Darum haben wir in diesem Gesetz zunächst einzelne Mängel abzustellen gesucht, bis es uns gelingen möchte, ein allgemeines Notariatsgesetz zu schaffen. Ob hierbei die Reichsanwaltschaft vom Notariat getrennt werden wird, kann ich nicht voraussagen. Die Möglichkeit einem Anwalt das Notariat zu ertheilen oder zu versagen halte ich für ein sehr werthvolles Mittel, um die mit der Freiheit der Advocatur verbundenen Gefahren zu mildern; ich möchte dieses Mittel nicht so leichtem Kaufes aus der Hand geben. Ob wir den Notaren die Acte der freiwilligen Gerichtsbarkeit allein überlassen sollen, ist eine finanzpolitische Frage, über die ich mich ebenfalls nicht erklären kann. Dem Abg. Petri erwidere ich, dass nach der Auffassung der Regierung die Befugnis der Bürgermeister und Ortsgerichte zur Aufnahme von Acten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nicht berührt wird.

Geb. Rath Kurlbaum II. hält eine offizielle Zusammenstellung der noch geltenden Bestimmungen des Gebührengesetzes vom 11. Mai 1851 nebst Änderungen nicht für nöthig, da der größte Theil der Bestimmungen, die Zusätze und Änderungen erfahren haben, bereits gänzlich aufgehoben ist.

Das Gesetz wird ohne wesentliche Debatte in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgen Wahlprüfungen. Die Commission beantragt, die Wahl des Abg. Seyffardt (Erfeld) und sämtliche Wahlmännerwahlen der Stadt Erfeld für ungültig zu erklären.

Referent Abg. Günther führt aus, dass nach den vorliegenden Protesten nicht die vorchriftsmäßige Anzahl von Wahlmännern (je 1 auf 250 Seelen, also auf 62,905 Seelen in Erfeld 251 statt der in Wirklichkeit gewählten 228 Wahlmänner) gewählt worden sei; dass ferner die Einteilung der Wahlbezirke eine willkürliche und ungerechte sei.

Abg. Lauenstein beantragt die Gültigkeit der Wahl, indem er namentlich darauf hinweist, dass auch bei anderen Wahlen in größeren Städten in mehr als 20 Fällen zu wenig Wahlmänner gewählt seien, in manchen Fällen 30, 40 und 60 zu wenig. Was die Willkürlichkeit der Bezirkseinteilung angeht, so seien 1873 an räumlich in sich zerfallenen Wahlbezirken zehn vorhanden gewesen, deren einzelne Theile bis auf 460 Meter von einander entfernt lagen. Diese Zahl sei 1879 auf 3 vermindert und die Entfernung auf 120 Meter ermäßigt worden.

Abg. Parisius beantragt die Beanstandung der Wahl und will die Staatsregierung auffordern, über einige zweifelhafte Punkte Ermittlungen anstellen zu lassen.

Abg. von der Gröben tritt in allen Punkten den Ausführungen des Referenten bei und empfiehlt den Commissionsantrag; durch die willkürliche Bezirkseinteilung seien viele Urwähler um ihr Wahlrecht betrogen worden (Unruhe links), diese Einteilung sei eine ungerechte, und wenn man die Wahl nicht cassire, functionire man die Ungerechtigkeit. (Unruhe links.)

Abg. Parisius verteidigt seinen Antrag, der notwendig sei, weil viele Punkte höchst zweifelhaft seien und einer genauen Prüfung bedürften. In großen Städten sei die gleichmäßige Einteilung der Bezirke höchst schwierig, weil das Entstehen neuer Straßen und der Zuwachs der Bevölkerung die Seelenzahl fortwährend ändere.

Abg. Bachem spricht sich für den Commissionsantrag, Abg. Röhl für den Antrag Parisius aus.

Abg. v. Meyer (Ansbach): In Bezug auf die Demoralisation bei den Wahlen haben wir uns gegenseitig nichts vorzuwerfen, wir sind alle gleich demoralisirt. Früher war die Wahlmoralität auf der rechten Seite, aber ich gebe zu, wir haben von Ihnen (links) gelernt und sind jetzt gerade so wie Sie. (Heiterkeit.) Wir fallen bei solchen Debatten immer die römischen Auren ein, die da lachten, wenn sie sich sahen. Die Wahlgeographie ist immer tendenziös; man kann sich bei Bildung der Wahlbezirke an die gewöhnliche Geographie nicht halten, sondern muss vielen Theils unschuldigen, theils minder unschuldigen Rücksichten nachgeben. Zu den unschuldigen zähle ich z. B., dass man dafür sorgen muss, einen Wahlbezirk und ein Wahllokal zu haben. Aber auch politische Tendenzen spielen immer mit. Ich suche immer gleich und gleich zu stellen, v. h. ich lege die linken Drähtchen zu den linken und die rechten zu den rechten. Ich halte dies auch für ganz richtig. Man darf sich nur bei dergleichen nicht kriegen lassen. (Heiterkeit.) Das Uebel ist nun, dass der Magistrat in Erfeld sich hat kriegen lassen. Eine solche Ungeschicklichkeit in der Aenderung der Wahlbezirke wie hier ist mir noch nicht vorgekommen. Diese Art der Aenderung scheint mir so tendenziös, dass ich mich nur dem Antrage der Commission anschließen kann, die Wahl für ungültig zu erklären. (Beifall.)

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag Parisius mit 181 gegen 159 Stimmen abgelehnt und die Wahl des Abgeordneten Seyffardt für ungültig erklärt.

Die Wahlprüfungs-Commission beantragt ferner die Ungültigkeit der Wahl des Abgeordneten Herwig, während Abgeordneter Schmidt (Sagan) die Beanstandung derselben vorschlägt; das Haus tritt diesem Antrage bei.

Die Wahl des Abg. v. Wedell (Biesdorf) wird dem Antrage der Commission gemäß beanstandet; die Wahlen der Abgg. Wischmann, Tripp, Günther, von Langendorff und Bitter (Fraustadt) werden für gültig erklärt.

Eine Petition der Grundbesitzer Thomsen und Genossen in Westerlund um Anerkennung sogenannter fester Fälle als Grundsteuer wird der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen; einige andere Petitionen

über denselben Gegenstand werden an die Agrarcommission zur schriftlichen Berichterstattung zurückgewiesen.

Schluss 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr. (Dritte Beratung des Staats.)

Herrenhaus. 18. Sitzung vom 14. Februar.

12 Uhr. Am Ministerische Maybach und mehrere Commissarien.
Einzigster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Eisenbahncommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der Staatseisenbahnen und die Beilegung des Staates bei mehreren Privatbahnunternehmungen.

Referent Dieke beantragt die Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses anzunehmen und die Regierung aufzufordern, die im § 1 Nr. 2 des Gesetzes vorgeschlagene Erbauung einer Eisenbahn vom Silberboden nach Mohrungen (mit einem Kostenaufwande von 2,730,000 Mark) und einer Eisenbahn von Mohrungen nach Allenstein (mit einem Kostenaufwande von 2,454,000 Mark) als ein Ganzes zu behandeln und demgemäß mit dem Bau der ganzen Bahn von Silberboden über Mohrungen nach Allenstein erst dann vorzugehen, wenn bezüglich beider Theilstrassen den im Gesetze vorgesehenen Bedingungen seitens der Interessenten genügt ist.

Minister Maybach erklärt sich mit diesen Anträgen einverstanden, worauf das Haus dieselben annimmt.

Schluss 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag. (Stunde und Tagesordnung unbestimmt.)

Berlin, 14. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Realgymnasial-Director Dr. philos. Brand zu Straßburg den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem emeritirten Schullehrer und Cantor Reber zu Saarbr im Kreise Grünberg den Adler der Inhaber des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; sowie dem Feuermann Dweisch bei der Berliner Feuerwehr, dem Schiffgehilfen August Prall zu Adlershorst im Landkreise Bromberg und dem Bahnwärter Möller zu Bodenheim im Kreise Hanau die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Kammermusikus Sobel beim königlichen Theater zu Hannover die Erlaubnis zur Anlegung der von des Herzogs von Sachsen-Coburg-Gotha Hobeit ihm verliehenen silbernen Verdienst-Medaille für Kunst und Wissenschaft ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Landgerichts-Präsidenten Wardeleben zu Dortmund zum 1. April d. J. in gleicher Amtsbeziehung an das Landgericht Berlin I. versetzt; ferner die Mitglieder der königlichen Eisenbahn-Direction zu Stettin Georg Förster und Max Orlovius zu Eisenbahn-Directoren mit dem Range der Räte vierter Klasse, die Mitglieder der königlichen Eisenbahn-Direction zu Magdeburg Theodor Brande, Julius Stute, Theodor Schuberth, Max Lüdke und Julius Bornemann, und zwar die drei Erstgenannten zu Regierungs- und Bauräthen, die beiden Letzteren zu Eisenbahn-Directoren mit dem Range der Räte vierter Klasse, sowie die Mitglieder der königlichen Eisenbahn-Direction zu Köln Gustav Mellin, Paul und Josef Baajel, und zwar den Erstgenannten zum Regierungs- und Baurath, die beiden Letzteren zu Eisenbahn-Directoren mit dem Range der Räte vierter Klasse ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Fabrikanten Adolf Benseler zu Lüneburg den Charakter als Commerzienrath verliehen.

Dem Landgerichts-Präsidenten, Geheimen Ober-Justiz-Rath Krüger in Berlin ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Pension, vom 1. April d. J. ab, ertheilt. — Versetzt sind: der Amtsgerichts-Rath Offenberg in Petershagen an das Amtsgericht in Warendorf und der Amtsrichter von Windler in Amöneburg an das Amtsgericht in Altona. Dem Amtsrichter Dr. Gopp in Magdeburg ist die nachgesuchte Dienstentlassung behufs Uebertritt zur allgemeinen Staatsverwaltung ertheilt. — In die Liste der Rechtsanwälte sind eingetragen: der Rechtsanwalt Seibers in Emmerich bei dem Amts-Gericht daselbst, der Rechtsanwalt Brühl in Grätz bei dem Amts-Gericht daselbst, der Gerichts-Assessor Dr. Krause bei dem Landgericht in Königsberg i. Pr., der Rechtsanwalt Klöppel und der Rechtsanwalt Lippe bei dem Kammergericht, der Gerichts-Assessor Breslau bei dem Landgericht in Berlin I., der Rechtsanwalt Jens in Erfeld bei dem Amtsgericht in Elberfeld und der Kammer für Handelsfachen in Barmen. — Der bei dem Landgericht in Hagen zugelassene Rechtsanwalt, Justiz-Rath Kraunkel wohnt in Witten. — Der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Moritz Jüdel in Celle ist gestorben.

Berlin, 14. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute früh den General-Lieutenant und General-Adjutanten von Werder, der von St. Petersburg hier eingetroffen war, nahm dann in Gegenwart des Gouverneurs und des Commandanten militärische Meldungen entgegen, arbeitete hierauf mit dem Kriegs-Minister von Kamake und dem Chef des Militär-Cabinetts, General-Adjutanten von Albedyll, und begab sich später nach dem Zeughaus, um den dortigen Renovationsbau in Augenschein zu nehmen.

[Ihre Majestät die Kaiserin und Königin] war gestern in der Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg. (R.-Anz.)

— Berlin, 15. Febr. [Zur Nachwahl des zweiten Vice-Präsidenten des Reichstages. — Vergütung der Zollverwaltungsbeamten in Elsaß-Lothringen. — Die Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden. — Commission des Abgeordnetenhauses für die Verwaltungs-Gesetze.] Der Reichstag wird am Mittwoch, dem Tage seiner nächsten Sitzung, die Wahl des zweiten Vice-Präsidenten zu wiederholen haben. Der Abg. von Hölzer hat definitiv das ihm zugedachte Amt aus den Händen der clerical-conservativen Majorität abgelehnt und man ist nun in etwas verlegen um einen Ersatzmann. Wie man hört, will nun auch der ursprünglich in Aussicht genommene Abgeordnete von Sellbör - Bedra (deutsch-conservativ) die Candidatur nicht annehmen und es richtet sich daher jetzt das Augenmerk auf den Abgeordneten Afermann, Mitglied der deutsch-conservativen Fraction und Abgeordneter für Dresden. Derselbe ist, wie bekannt, ein ausgesprochener Particularist und hat sich verschiedentlich besonders durch eine preußenfeindliche Stellung ausgezeichnet. In dieser Beziehung würden die beiden Vice-Präsidenten des Reichstages sich nichts vorzuwerfen haben. Man ist auf den Ausgang dieser Wahl unter solchen Umständen einigermassen gespannt. Schwierig wird der Reichstag, da er ja nun doch erst seine vollständige Constituierung zu bewirken hat, und außerdem zu später Stunde erst am Mittwoch zusammentritt, bereits an diesem Tage im Stande sein, an die eingehende Beratung des Staats heranzutreten. Es ist dies auch um so wünschenswerther als, wie dies in der letzten Sitzung auch bereits der Abg. Richter (Hagen) ganz richtig hervorgehoben hat, die Mitglieder des Reichstages kaum im Stande sein, sich genügend für die schwierigsten und wichtigsten Verhandlungen über den Etat vorzubereiten und überdies eine große Zahl von Reichsboten noch durch Landtagsarbeit in Anspruch genommen ist. — Der Reichskanzler stellt an den Bundesrath den Antrag, das Elsaß-Lothringen gestattet werde, auch nach Ablauf des Jahres 1879/80 bis auf Weiteres, bezw. bis zu einer anderweitigen Regelung der Vergütung der Zollverwaltungsbeamten neben den Normalgehältern die an die Beamten der Grenz Zoll- und Salzsteuerverwaltung wirklich gezahlten Ortszulagen mit 2/3 ihres Betrages bis zur Maximalsumme von

300,000 Mark jährlich dem Reich aufzurechnen. — In bundesrathlichen Kreisen ist bis jetzt nichts davon bekannt, dass ein auf die gesetzliche Beschränkung des Zinsfußes gerichteter Entwurf in dieser Session des Reichstages dem letzteren zugehen soll. Die anderweitigen Angaben, wonach ein solcher Entwurf dem Bundesrath bereits zugegangen wäre, sind unzutreffend. — Nach dem Ausfall der Präsidentenwahl im Reichstage scheint man regierungsfreudig darüber sicher, dass man auch für die Verlängerung der Staats- und Legislaturperioden die geschlossene clerical-conservative Majorität für sich haben möchte. Dies ist indessen sehr zweifelhaft. Die Führer des Centrums, welche auch dem preussischen Abgeordnetenhaus angehören, haben während der letzten Wochen wiederholt erklärt, dass sie nicht geneigt seien, für zweijährige Staatsperioden zu stimmen, namentlich wenn dadurch auch nur die Möglichkeit gegeben wäre, Landtag und Reichstag nur alle zwei Jahre zu berufen. Schwierig wird sich diese Ansicht durch den Umstand geändert haben, dass es nun gelungen ist, ein Centrumsmitglied zum ersten Vicepräsidenten des Reichstages zu wählen. — Die Arbeiten der Commission des Abgeordnetenhauses für die Verwaltungs-Gesetze sind gestern beendet worden. Der Abgeordnete Gneist wird den Bericht bis Dienstag erstatten. Die Commission hat schließlich den Grundsatzen angenommen, dass die Gesetze nicht eher auf die westlichen Provinzen ausgedehnt werden sollen, als bis dort die Kreis- und Provinzialordnung eingeführt ist. Der Abgeordnete von Brauchitsch (bekanntlich vortragender Rath im Ministerium des Innern) betonte in der Commission die Möglichkeit einer Nachsession.

[Die Verordnung, betreffend den Verkehr mit künstlichen Mineralwässern. Vom 9. Februar 1880] wird im „Reichsanzeiger“ publicirt.

Elbing, 14. Febr. [Demission der unbesoldeten Magistrats-Mitglieder.] In der Stadtverordneten-Versammlung am 12. Februar wurde mitgetheilt, dass die unbesoldeten Mitglieder des Magistrats ihr Amt niedergelegt haben, in Folge der Angriffe im Abgeordnetenhaus. Auf Antrag des Stadtverordneten Dr. Jacoby erklärte sich die Versammlung in Veranlassung der letzten Debatten im Abgeordnetenhaus einstimmig dahin, dass sie von neuem die Ueberzeugung gewonnen habe, die vom Cultusminister gemachten Vorwürfe seien ungerechtfertigt, sie sei voll und ganz mit dem Magistrat einverstanden und ersuche den Oberbürgermeister und den ganzen Magistrat, auf dem beschrittenen Wege fortzufahren.

Schweiz.

Zürich, 12. Februar. [Zur Verhütung von Verwundungen.] — Versammlung von Thierschutzvereinen. — Gegen die Vivisection. — Kirchliches. — Vom Gotthardtunnel. Dem widerwärtigen Herumgerren unglaublicher Leiden in katholischen Gemeinden gedenkt der Bundesrath ein Ende zu machen; er hat das Justizdepartement aufgefordert, ein Vollzugs-gesetz über den Artikel der Bundesverfassung, welcher eine schickliche Beerdigung für Jeden vorschreibt, abzufassen. Auch der Schulartikel bedarf dringend der Ergänzung durch ein Bundesgesetz, damit das Hauptböllwerk der Dummheit und des Aberglaubens abgetragen werde. — In Olten waren 35 Abgeordnete von 12 schweizerischen Thierschutzvereinen versammelt, um sich hauptsächlich mit der Frage der Vivisection zu beschäftigen. Der bernische Verein stellte sehr einschneidende Anträge, welche von seinem Referenten v. Steiger auf 50 Punkte vertheilt wurden. Sie lauteten: 1) In dem vom Gefühl unserer Menschenwürde untrennbaren sicheren Bewusstsein, dass in der stillosen Welt des Menschen unethische Mittel durch keinerlei vorgegebene Zwecke können beschönigt werden, den festesten Glauben ferner, dass die göttliche Vorbestimmung den Fortschritt der Menschheit und insbesondere den Fortschritt der Wissenschaft nicht an die Bedingung der Enttillung des Menschengeschlechts und fortgesetzter Folterqualen unschuldiger Geschöpfe knüpfen gebunden haben, erklären wir uns hiermit als die grundsätzlichen Gegner jenes für Wissenschaft sich ausübenden Verfahrens, welches man Vivisection nennt. Auf die Untersuchung der Frage, ob die Vivisection in ihrer Anwendung auf das praktische Heilverfahren mehr Nutzen oder mehr Schaden gestiftet habe, lassen wir uns grundsätzlich nicht ein, indem wir nicht zugeben können, dass ein vor dem Richterstuhl des stillosen Gefühls verlorener Handel sich durch Appellation an den menschlichen Egoismus wieder einschleiche. 2) Unser Streben ist daher auf Beseitigung der Vivisection gerichtet. Wo jedoch ein absolutes Verbot derselben demalen noch nicht erreichbar ist, werden wir Schritt für Schritt wenigstens die schreiendsten Uebelthäter derselben bekämpfen. 3) Wir verlangen deshalb, so lange die Forschungsmethode, Vivisection genannt, fortlebt, folgende Einschränkungen: a. dass die Vivisection nicht dürfen ausgeübt werden zur bloßen Illustration oder Beweisführung akademischer Vorträge irgend welcher Art, noch zur Controlirung der Versuche Anderer; b. dass den Studierenden jede Art privater Vivisection streng untersagt sei; c. dass Vivisectionen nur von anerkannten wissenschaftlichen Autoritäten vorgenommen werden und auf irgend eine thunliche Weise unter Controle der Polizei-Behörden stehen sollen; d. dass alle höhern warmblütigen Thiere, namentlich aber der Hund und das Pferd, als dem Menschen nahestehende, gleichsam befreundete Wesen, niemals der Vivisection dürfen unterworfen werden; e. dass Betäubungsmittel stets sollen, Curare aber niemals dürfen angewendet werden, und die Versuchsthiere sofort nach dem Versuche, welcher möglichst zu beschleunigen ist, auf die schmerzloseste Weise getödtet werden sollen; f. selbstverständlich sind Vivisectionen in allen Fällen zu verbieten, wo todes Material zur Erreichung des Zweckes ausreicht. Der Correspondent, Dr. Häuser aus Zürich, erklärte sich zwar auch gegen Mißbrauch, betonte aber das Interesse der Wissenschaft an den Vivisectionen, welchen die Medicin manchen sehr wesentlichen Fortschritt verdanke. Die lange Debatte drehte sich um die Frage, ob man die Vivisectionen überhaupt oder nur deren Ausschreitungen bekämpfen wolle. Endlich wurde auf Antrag des Präsidenten, Parrer Wolff aus Zürich (welchbekannter Thier- und Menschenfreund), beschlossen: „Da die Vivisectionen eine Thierquälerei in sich schließen, so ist auf deren mögliche Beschränkung hinzuwirken.“ Der Bernische Verein erklärte übrigens, er werde auf gänzliche Abschaffung der Vivisection hinarbeiten. — Die Regierung von Bern hat die Petition von 7500 Juraßern und das Begehren

der katholischen Cantonsynode, dem (abgesetzten) Bischof Lauch die Firmung zu gestatten, ablehnend beschloß und dabei erklärte, daß jeder andere schweizerische Bischof zur Firmung zugelassen würde. Sie hat ferner das Gesuch derselben Synode, daß an mehreren (staatlich nicht anerkannten) Feiertagen die Schulen geschlossen werden dürften (wie man sich das jüngst im Jura erlaubte), rund abgewiesen und dabei den Herren Ultramontanen gebührend eingetränkt, daß überhaupt die Kirche nichts in die Schule hineinzubringen habe. — Der Gotthardtunnel wird vermuthlich in der ersten Märzwoche ausgebohrt sein; man hört bei Göschenen und bei Airolo das Schießen und Klopfen: „getreue Freunde sind dir nah.“ Der Tunnel, obwohl 2696 Meter länger, als der Mont Cenis-Tunnel, welcher über 13 Jahre erforderte, wird in kaum 7 1/2 Jahren durchgetrieben sein.

Frankreich.

○ Paris, 12. Febr. [Diner bei Grévy. — Desprez. — Georg Cassagnac. — Akademisches. — Alphonse Daudet. Neue Oper. — Amnestie-Debatte. — Die deutsche Heeresvermehrung.] Jules Grévy giebt am 17. ds. sein erstes militärisches Diner. Es sind dazu alle Generale, die sich in Paris aufhalten, eingeladen. Der neue Gesandte beim päpstlichen Stuhle, Desprez, wird, wie es heißt, erst nach Rom gehen, nachdem das Ferrysche Gesetz mit dem Artikel 7 im Senate durchberathen ist, damit er sich folgergestalt in einer leichteren und klareren Situation befinde. — Es bekräftigt sich, daß Paul de Cassagnac seinen Bruder George für die Candidatur in Mirande, die durch den Tod Granier de Cassagnac's veranlaßt ist, in Vorschlag bringt. George ist der jüngste der Brüder Cassagnac und hat bisher in der Armee gedient. — Desgleichen bestätigt es sich, daß Marine Ducamp als Candidat für die Akademie auftritt. Die reactionären Blätter reden ihm eifrig das Wort. Die Akademie, die vor einigen Jahren bekanntlich zum allgemeinen Gespötte geworden war, hat sich in den letzten Jahren wieder ein wenig zu Ehren gebracht. Sie würde jedenfalls alle Popularität aufs Neue einbüßen, wenn sie Ducamp unter ihre Mitglieder aufnähme. Neben manchen interessanten Blättern über die Verwaltung und das Leben der Stadt Paris hat dieser Schriftsteller auch vieles über den Aufstand der Commune geschrieben, was von einem nicht zu rechtfertigenden Geiste des Hasses eingegeben ist. — Albert Wolff kündigt heute im „Figaro“ einen neuen Roman Alphonse Daudet's an, der eigens für dieses Blatt geschrieben werden wird. Eine einfache Familiengeschichte ohne jede Sensationstendenz, wie sie z. B. im „Nabob“ und in den „Königen im Exil“ hervorgetreten ist. Die dramatische Arbeit des Nabob hat im Vaudeville einen weit größeren Erfolg, als man es vermuthet hätte; sie wird wahrscheinlich eine größere Zahl von Wiederholungen erleben. Was den gleichnamigen Roman angeht, so ist derselbe in diesen Tagen bei seiner 63. Auflage angekommen. Die Opéra populaire brachte gestern eine Oper von Duprat, „Petrarca“, von der sich nicht viel Ruhmens machen läßt. Duprat hat seinen historischen Helden zwar ganz umgewandelt, aber er hat ihn dadurch nicht interessanter gemacht. Der Musik fehlt es an jeder Originalität, sie ist bloß eine Composition von Reminiscenzen aus Meyerbeer, Auber, Verdi u. s. w. — Die Amnestie-Debatte in der Kammer hat heute ein sehr zahlreiches Publikum angelockt. Louis Blanc als Antragsteller eröffnete dieselbe, indem er erklärte, was ihn veranlaßt habe, die Amnestie wieder auf's Tapet zu bringen, obgleich dieselbe schon von der Kammer abgelehnt worden. Die Amnestiefrage sei keineswegs eine bloße Pariser Frage. In allen Provinzialstädten, die er, Louis Blanc, besucht, habe er rufen hören: „Vive l'amnestie! Vive la république!“ Das Volk habe instinctmäßig begriffen, daß die Amnestie ein Mittel sei, die Republik zu befestigen. Der Redner suchte dann die juristischen Einwendungen der Regierung zu widerlegen und erörterte weiter, daß, wenn das Ministerium jetzt die Amnestie nicht gewähren wolle, sie binnen Kurzem sich doch dazu werde entschließen müssen. Man habe dem 16. Mai Verzeihung angedeihen lassen, um das Land nicht unnötig auszuregen. Derselbe Grund reiche hin, die Nothwendigkeit einer Amnestie für die Commune darzuthun. Nach Louis Blanc sprach der Berichterstatter Casimir Perier gegen die Amnestie. — Mehrere Abendblätter, wie die „France“ und die „Eclair“, commentiren heute schon den telegraphisch hieher gemeldeten Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über die Verneinung der Effectivkräfte in Deutschland. Sie wollen nicht gelten lassen, daß die französische Presse irgend einen Grund gegeben habe, an die Möglichkeit kriegsrischer Absichten von Seiten Frankreichs zu glauben.

○ Paris, 13. Febr. [Zur Amnestie-Debatte. — Verwerfung des Blanc'schen Antrags. — Bewilligung der Kosten für Cremieux's Begräbniß. — Stimmen der Presse über die Amnestie-Debatte. — Die deutsche Thronrede. — Verschiedenes.] Die Beweisführung des Berichterstatters gegen den Amnestievorschlag Louis Blanc's läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Die Regierung ist in ihrer Milde weit genug gegangen, und die von der Amnestie oder von der Begnadigung ausgeschlossenen Communeanhänger verdienen gar nicht, daß man sich mit ihnen beschäftigt, da sie auch heute noch rachedürstend auftreten und 230,000 Köpfe als Sühne für eben so viele gefallene Communards verlangen. Was Vorredner von der Stimmung des Landes behauptete, spiele sich darauf hinaus, daß die Kammer nicht der Ausdruck der öffentlichen Meinung sei, was der Wirklichkeit der Thatsachen nicht entspreche. Ihr Fürsprecher behauptete, die Anhänger der Commune hätten die Republik gegründet. Gerade das Gegenheil sei richtig, gefährdet habe sie diese Erhebung und die Niederreißung des Hauses Thiers war doch wohl kein Act guter Republikaner. Der Schluß der Rede Casimir Perier's ist wahrhaft packend. Die Republikaner müssen beweisen, ruft er energisch, daß sie nicht mehr bloß eine Partei bilden, sondern ganz Frankreich vertreten, und daß die von ihnen vertheidigte Regierungsform im Stande sei, alle Ausschreitungen zu unterdrücken. Das wahre Regime der Freiheit bestehe in dem Despotismus der Gerechtigkeit. — A. Proust, der merkwürdigerweise eine Lange für die Nichtamnestirten einlegt, was sie ihm nicht außerordentlich Dank wissen werden, erklärt die Amnestie für ein nationales Interesse. Man müsse versöhnlich auftreten, da die Regierung eine offene Republik wolle und wollen müsse, zu der keiner Schattirung der großen republikanischen Partei der Zugang vermehrt werden dürfe. Er hoffe denn auch, daß das Ministerium mit der Amnestie nicht lange mehr zögern und inzwischen das System der Begnadigungen reichlich walten lassen werde. — De Freycinet, der als Conferenzpräsident für die Regierung das Wort ergreift, beginnt mit der Erklärung, daß das Cabinet die allgemeine Amnestie vollständig zurückweise, fügt aber gleich hinzu — was sein Exordium sehr abschwächt —, daß er sich für die Zukunft weder in dem einen, noch in dem anderen Sinne ausspreche. Die Amnestie sei keine Sache des Gefühls, sondern eine politische Angelegenheit, und dürfe nicht der Schwäche einer Regierung abgerungen werden, weil diese dadurch noch machloser würde. Die Amnestie könne nur erfolgen, wenn die öffentliche Meinung sich zu ihren Gunsten ausdrücke; das thue sie in diesem Augenblicke ganz gewiß aber nicht. Ob dem künftig anders sein werde, das wisse er

nicht. Jedenfalls aber könnte sie nur unter den zwei Bedingungen zu Stande kommen, daß sie außerhalb der Kammer zu keinem Agitationsmittel gegen die Regierung mißbraucht, und daß sie innerhalb derselben zu keinem Oppositionsvehikel gegen die Regierung gemacht werde. Beides geschehe in diesem Augenblicke. Wenn die Unterstüßer des Antragstellers das betreffende Resultat wirklich erreichen wollen, so müßten sie wohl beweisen, daß sie fest zur Regierung stehen, und müßten derselben alle notwendigen Reformen ausführen helfen. Dann werde diese, stark durch das Vertrauen der gesammten republikanischen Majorität, vielleicht einen derartigen Antrag in Erwägung ziehen können. Der Minister, der im Ganzen eine sympathische Aufnahme gefunden hatte, wurde für diese letzten Worte, die für die Transportirten, Exilirten und Contumacirten keinen Hoffnungsschimmer durchblicken ließen, durch einen allgemeinen Beifallsturm belohnt, was darauf hindeuten scheint, daß auch die Kammer der ganzen Amnestieangelegenheit müde ist und sich die Sache um jeden Preis vom Halse schaffen möchte. Noch sprach Madler Montjau, aber er brachte kein neues Argument vor. Darauf wurde zur Abstimmung geschritten und der Amnestieantrag mit 313 gegen 115 Stimmen, die wohl nicht allein im republikanischen Lager sich rekrutirten, verworfen. Der von der Regierung verlangte 10,000 Francs betragende Credit, um dem Dahingeshiedenen, so verdienstvollen und eine so ruhmreiche Vergangenheit hinter sich habenden Senator Cremieux auf Staatskosten eine würdige Beisetzfeier zu bereiten, wurde mit 345 gegen 93 votirt. Die Herren Reactionäre lassen sich selbst durch den Tod nicht entwaschen. — In den Morgenblättern klingt die Amnestie-Debatte natürlich stark nach. „République française“, läßt sich durch die ablehnende Majorität nicht daran verhindern, der Amnestie das Wort zu reden, zollt der Beweisführung Proust's starken Beifall, erklärt sich zum Auftreten der Regierung nicht ganz zufrieden, heißt es aber gut, daß sich dieselbe eine Hinterthüre offen gelassen habe, die es ihr gestatte, ohne den Schein eines Gesinnungswechsels auf sich zu laden, schon nach drei Monaten selber eine Amnestievorlage einzubringen. De Freycinet habe sich dadurch, meint das Organ Gambetta's, in geschickter Weise von den Erklärungen seiner Vorgänger im Amte losgemacht, und die Kammer ihrerseits habe durch ihre Haltung bekundet, daß sie der Regierung ohne Widerwillen folgen würde, wenn diese sich einmal entschlosse, der einzigen, die republikanische Partei spaltenden Frage ein Ende zu machen. — „Justice“ weist nach, daß die der Amnestie abholenden Majoritäten immer geringer, die ihr günstigen Minoritäten immer größer werden. Nach der gestrigen Abstimmung, die 115 Stimmen für Louis Blanc's Antrag ergab, während diese Minorität im Jahre 1876 nur 50, 1879 99 betragen hatte, lasse hoffen, daß sich endlich auch eine Majorität für die Amnestie werde finden lassen. In demselben Blatte kündigt Camille Pelletan drohend an, daß er von morgen ab unter dem Titel die „Matwoche“ das Gegenstück zu den Communebränden, nämlich ein Bild der Unterdrückung des Aufstandes liefern werde. — Auch „Mot d'Ordre“ führt eine drohende Sprache anlässlich des gestrigen Votums: Die Kammer rechtfertige so alle, selbst die heftigsten Angriffe. Republikaner, die die Amnestie nicht wollen, seien Monarchisten. „Gaulois“ und „XIX. Siècle“ stimmen darin überein, daß die Freycinet gestern einen großen oratorischen Erfolg errungen und bewiesen habe, daß die Kammermajorität endlich wieder ein leitendes Haupt besitze, wobei „Gaulois“ natürlich den der Amnestie feindseligen Theil der Rede betont. — Mit der deutschen Thronrede beschäftigen sich von den großen Blättern heute nur „Figaro“, der die friedliche Bedeutung stark hervorhebt. Gleichzeitig macht er aber gegen den Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Front, in welchem der aufreizende Ton der französischen Organe hinsichtlich der Verneinung des deutschen Armeebudgets betont wurde, und fordert die französische Presse auf, ohne Meinungsunterschied dagegen zu protestiren. — Der Czar hat dem Präsidenten der Republik für den der russischen Kaiserin in Frankreich gewordenen Empfang seinen Dank ausdrücken lassen. — De Freycinet hat alle auf Urlaub befindlichen französischen Vertreter im Auslande aufgefordert, auf ihren Posten zurückzukehren. — Der Gemeinderath wird sich in corpore bei dem Beisetzungsantritt Cremieux's einfinden. — „Petit Meridional“ veröffentlicht ein Schreiben des Seelforgers von Montardit, eines Herrn Cabitoil, der im Namen der Menschheit und der republikanischen Brüderlichkeit die Amnestie befürwortet. Sonderbarer Schwärmer.

Provincial-Beitrag.

+ Breslau, 16. Febr. [Holtei's Leichenbegängniß.] Gestern Nachmittag um 3 Uhr fand die feierliche Beisetzungsfeier Carl von Holtei's statt. Im Kloster der Barmherzigen Brüder, in welchem der greise Dichter seine letzten Lebensjahre zugebracht, war in der Leichenhalle vor dem Hochaltar der Metallarg auf einen von Oleanerbräumen und brennenden Wachskerzen umgebenen Katafalk aufgebahrt. Im Laufe des Vormittags ging von nah und fern eine große Anzahl von Lorbeer- und Immortellenstränzen ein, welche den Sarg und den am Fußboden ausgebreiteten Teppich im buchstäblichen Sinne des Wortes bedeckten. Der Verein „Breslauer Presse“, der Verein „Berliner Presse“, Directorium und Mitglieder des Breslauer Stadttheaters und des Lobetheaters, die Mitglieder des Berliner königlichen Schauspielers, vertreten durch den Director Deek, die Genossenschaft deutscher dramatischer Autoren und Componisten in Leipzig, die deutsche Schillerstiftung in Weimar, die Les- und Rebealle der deutschen Studenten in Prag, der Verein Breslauer Buchhändler, die Gewerbe-Schule in Breslau, der germanistische Verein in Breslau, die Dichterschule in Breslau, der Verein „Schlaraffia“ in Breslau, der Schlesische Verein in Köln a. Rh., der Redacteur der „Elberfelder Zeitung“ Dr. Ernst Scherenberg, Joseph Lewinsky und Theodor Lobe in Wien, Marie Seebach u. s. w. Joseph ihrer Trauer um den Dahingeshiedenen dadurch Ausdruck gegeben, daß sie prächtige Trauerkränze eingesandt hatten. Aus Obernitz, wo Carl von Holtei seine glückliche Jugendzeit verlebte, war ein Eichenzweig von demjenigen Baume eingesandt worden, den Holtei im Jahre 1821 selbst gepflanzt hatte. An einem daran befestigten Seidenbände befand sich folgende Inschrift:

„Der Baum, den Du gepflanzt
In schöner Jugendzeit.
Er sendet Dir den Zweig
Als Dank zum Grabgeleit. 1821—1880.“

Schon eine halbe Stunde vor der festgesetzten Trauerfeier hatte sich in der geräumigen Leichenhalle eine ansehnliche Menge Leidtragender versammelt, unter denen sich die Tochter des Verewigten, Frau Advocat Dr. Potpeschnig mit ihrem Sohne aus Grah, Se. Excellenz der Commandant von Breslau, General-Lieutenant v. Wulfsen, der Polizeipräsident Freiherr von Usar-Gleichen, Deputationen des Magistrats und des Stadtverordneten-Collegiums, des hiesigen Buchhändlervereins, des Vereins Breslauer Presse, der Dichterschule, der „Schlaraffia“, des Stadt- und Lobetheaters befanden. — Um 3 Uhr trat Dionysus Dede von St. Bernharden an den Hochaltar. In demselben zuerst die Mittheilung machte, daß der Entschlafene sich leghwilligst jede Leichenrede verbieten habe, glaube er nur den Leidtragenden gegenüber, die an seinem Sarge erschienen seien, Bedingung zu tragen, wenn er ein kurzes Gebet verrichte. Nach Beendigung

des erhebenden und weihenden Gebets wurde der Sarg unter dem Geläute der Klostersglocken nach dem bereitstehenden vierspännigen Leichenwagen übertragen, während das vor dem Klostergebäude stehende Trompetercorps des Leib-Kürassier-Regiments nach dem Wunsche des Verstorbenen das Mantellied intonirte. Der Platz vor dem Kloster sowohl, als die ganze Klosterstraße entlang, war von einer unüberschaubaren, nach Tausenden zählenden Menschenmenge angefüllt, von der jeder Einzelne herbeigekommen war, um dem geliebten Toden die letzte Ehre zu erweisen. Unmittelbar vor dem Sarge wurden auf einem Kissen die Orden des Verlebten getragen. Der imposante Trauerzug wurde durch die Magistratsausreiter und durch das erwähnte Trompetercorps eröffnet, welches den Chopin'schen Trauermarsch spielte. Dem Leichenwagen folgten die Studirenden der hiesigen Universität, unter denen sich Deputationen der verschiedenen Corps und Burschenschaften befanden, die Conventualen des Barmherzigen Brüderklosters und seine vielen Freunde und Verehrer. Eine große Anzahl von Equipagen beendete den Trauerconduct, der sich die Klosterstraße und die Dhlauer Chaussee entlang nach dem Friedhofe zu St. Bernharden bei Rothrischam bewegte. Auf dem Friedhofe angelangt, wurde die herrliche Halle unter Vorantritt des Kürassier-Trompetercorps nach dem mit Tannenzweigen und Epheu decorirten Grabe getragen, wo selbst nach dem Vortrage eines Trauerchorals Dionysus Dede Gebet und Segen sprach. Während die feierlichen Töne des Liedes „Wie sie so sanft ruhen“ erklangen, wurde der Sarg in den kühlen Schooß der Erde zur ewigen Ruhestätte eingelassen. — Möge ihm dieselbe leicht sein!

[Ehren-Geschenk für den Grafen Bethusy-Duc.] Dem Herrn Grafen von Bethusy-Duc ist bei seinem Ausscheiden aus dem parlamentarischen Leben von den Mitgliedern der freiconservativen Partei des preussischen Abgeordnetenhauses, deren Führer Graf Bethusy so lange gewesen, ein Ehren-Geschenk mit nachstehender Adresse überhandt worden:

Hochgeborener Herr Graf! Sehr verehrter Herr und Freund! Die freiconservative Partei empfindet es nicht nur als eine Pflicht, sondern als ein wirkliches Herzensbedürfnis, Ihnen bei Ihrem Austritt aus dem parlamentarischen Leben einige Worte des Abschieds zuzurufen und Ihnen die Gefühle schmerzlichen Bedauerns auszusprechen, mit denen wir Sie aus unserer Gemeinschaft und aus der thätigen Mitwirkung an den gesetzgeberischen Arbeiten scheiden sehen. Als Sie im Jahre 1866 mit wenigen Freunden den Grund legten zu der Partei, welcher anzugehören wir uns Alle zur höchsten Ehre schätzen, war es eine politische That, in den erbitterten Parteikämpfen der damaligen Zeit zwischen die um abstracte Principien streitenden Parteien eine Vereinigung patriotischer Männer zu stellen, welche das hohe Ziel der nationalen Einigung Deutschlands fest im Auge, das Wohl des Landes als oberste Richtschnur ihres politischen Wirkens betrachteten und neben dem Recht, welches die Verfassung verleiht, auch die Pflicht des Bürgers betonten, durch eigene Arbeit für die öffentlichen Interessen dem Wohle des Staates zu dienen und durch die freie Unterordnung unter die Gesetze des Landes der Freiheit erst die rechte Weite zu geben. Das Samentorn, welches Sie damals pflanzen, hat reiche Früchte gebracht. Die freiconservative Partei darf mit Stolz und Genugthuung auf die Thätigkeit zurückblicken, welche sie während einer langen Reihe von Jahren für die Entwicklung des Deutschen Reiches und des preussischen Staates erschlachte. Namentlich in der freiconservativen Fraction des Hauses der Abgeordneten, welcher Sie, hochverehrter Herr Graf, einen so großen Theil Ihrer Thätigkeit widmeten, entfaltete sich durch Ihr Scheiden eine schmerzliche Lücke, welche wir auszufüllen suchen, indem wir unentwegt an Ihrem Grundfals festhalten, daß die Partei nur so weit ein Recht des Bestehens hat, als sie für das Wohl des Vaterlandes wirkt. Unser Streben wird auch ferner dahin gerichtet sein, durch die ausgleichende Vermittelung zwischen den Conservativen und den gemäßigt Liberalen die gesetzgeberische Thätigkeit des Landtages zu fördern. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß der Zeitpunkt nicht allzu fern sein möge, wo Sie sich entschließen, sich wieder der politischen Thätigkeit zu widmen, und wo wir die Freude haben werden, Sie wieder in unserer Mitte zu begrüßen. Inzwischen bitten wir Sie, hochverehrter Herr Graf, das beifolgende Andenken als einen sichtbaren Beweis unserer Hochachtung und unserer freundlichen Gesinnung gütigst annehmen zu wollen. Berlin, im Januar 1880. Die freiconservative Fraction des Hauses der Abgeordneten.

Das Ehren-Geschenk besteht aus einem silbernen ca. 60 Centimeter hohen Tafelaufsatz.

[Verlobung.] Die Tochter des Herr Oberbürgermeister v. Fordenbeck, Fräulein Marie v. Fordenbeck, hat sich dieser Tage mit dem königl. Lieutenant im 2. Westfälischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 22 Herrn Ernst Bothe verlobt.

[Personal-Nachrichten.] Verufen: der bisherige Lehrer an der höheren Bürgerschule zu Wriesen, Dr. Otto Werner, zum ordentlichen Lehrer an der städtischen höheren Bürgerschule zu Ratibor. — Bestätigt: die Wiederwahl des bisherigen Rathmannes, Galmirich Schnapa zu Kierscheid. — Definitiv angestellt: die Lehrer Eichen und Stoschel an den katholischen Schulen zu Brzonskowitz, Kreis Rattowitz, und zu Nieboßkau, Kreis Ratibor, sowie der Lehrer Werner an der Simultan-Schule zu Rattowitz. — Ertheilt: dem Apotheker Hirschfeld die Personal-Concession zur Uebernahme der Verwaltung der Apotheke in Roslau und der Filialapothek im Bade Königsdorf-Strazemb.

Verstelt: der Postsecretär Dierjan von Creutzburg, Regierungsbezirk Oppeln, nach Rattowitz, der Postbeamter Wilhelm von Gernitz nach Königsdorf-Strazemb. — Zum Postagenten angenommen: der Landwirt von der Wense in Bankau. — Entlassen: der Postagent Altmann in Bankau.

Ernannt: Telegraphen-Diätare Mathys in Rattowitz und Geister in Jatzke zu Telegraphisten. — Verlegt: Bahnmeister Fuchs von Bernersdorf nach Renza, Bahndirektor von Leobisch nach Bernersdorf, Bahnmeister Bogt von Gleiwitz als commissarischer Stations-Assistent nach Gotsch, Assistent Jatzke, Locomotivführer Gogoll von Wodlowitz nach Inowrazim. — Pensionirt: Güterexpedient Achilles in Ratibor und Bahnmeister Reichel in Gogolin.

○ Deuthen OS., 15. Februar. [Arbeiterkrawall.] Bei Gelegenheit der gestrigen Lohnung ist es leider wieder und zwar diesmal in dem bei Scharley belegenen Buchs (Maziontaugrube) zu bedauerlichen Excessen gekommen. Die Arbeiter haben in Folge des geringen Verdienstes sich zu Thätlichkeiten hinreißen lassen, bei denen das Bechenhaus arg demolirt, die gewerkschaftlichen Scripturen zerrissen und verbrannt wurden, und schließlich die Lohnkasse abhanden gekommen ist. Auch die Beamten sind erheblichen Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Militär mußte aus Königsdorf, Gleiwitz und Deuthen telegraphisch beordert werden, so daß die Ruhe erst spät in der Nacht wieder hergestellt werden konnte. Zur Aufnahme des Thatsachens ist der erste Staatsanwalt heute an Ort und Stelle. Der Grundbesitz gehört, soviel bekannt, dem Herrn Grafen von Hende auf Siemianowitz.

Aus Mazionkau-Grube schreibt uns unser dortiger Correspondent: Gestern fand hier bei Gelegenheit der Lohnung eine Revolte unter den meistens jugendlichen Arbeitern, Schlepper, statt, die ziemlich große Dimensionen angenommen hat. Einige Arbeiter, welche nach ihrer Meinung zu wenig verdient hatten, erklärten gleich zu Anfang der Lohnung den erbitterten Ort, woselbst sich die Beamten befanden, worauf sich dieselben in die angrenzende Steigerstube flüchten mußten. Da aber die Thüren und Fenster der Steigerstube eingeschlagen wurden, mußten sich die Beamten vor der wüthenden Arbeitermenge in das Materialien-Magazin flüchten, dessen Thür sie mit Petroleumfässern verbarrikadirten. Die Arbeiter schlugen aber die Thür ein, worauf sie Herr Obersteiger H. besänftigen wollte, was er Folge hatte, daß Herr H. einen Schlag ins Gesicht erhielt und die Arbeiter in das Magazin einbrachen. Da die Herren auch durch eine zweite Thür und durch die Fenster bedroht wurden, blieb ihnen nichts übrig, als sich durch den Hausflur durchzuschlagen, was denn auch unter Vorantritt des Obersteigers H. bewerkstelligt wurde, wenngleich die Herren auch von der aufgeregten Menge mit Schlägen nicht verschont wurden. Die Kasse aber, welche an 20,000 M. enthielt, mußte im Magazin zurückgelassen werden, welche denn auch geraubt wurde. Selbst im Hofe wurden die Beamten mißhandelt, welche schließlich flüchten mußten. Die Arbeiter ließen nun ihre Wuth an den Geräthschaften des Bechenhauses, der Steigerstube und des Magazins aus, woselbst sie eine gräßliche Verwüstung angerichtet haben. Fenster, Thüren, Bänke, Tische, Schränke, Lampen und sämtliche Bücher sind total zerstört worden und bietet das Bechenhaus einen gräßlichen Anblick dar. Nach der

Entfernung der Kasse durch die Arbeiter entfernt sich dieselben aus dem Grubenboje und trieben ihr Unwesen auf der Straße weiter fort. Die sofort herbeigekommenen 3 Gendarmen waren nicht im Stande gewesen die Empörer zu beruhigen und mußten im Laufe des Abends die einzelnen Arbeiterhaufen von Gendarmen, Beamten und redlichen Arbeitern in die Flucht geschlagen werden. Einzelne Wunden in und neben dem Grubenboje lassen darauf schließen, daß es ohne blutige Schmel nicht abging. Erst nach 9 Uhr traf aus Beuthen ein Militärcommando ein, welches schließlich die Ruhe herstellte. Heute früh trafen hier bereits der Herr Landrat Baron v. Herr von Staatsanwalt und der Untersuchungsrichter ein, um die Untersuchung einzuleiten. Ebenso traf ein Teil des Commandos aus Königsbütte ein, um längere Zeit hier zu verweilen. Einige Verhaftungen sind bereits vorgenommen.

Gefetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

Breslau, 14. Februar. [Landgericht. — Strafkammer I. — Vorläufige schwere Körperverletzung. — Fahrlässige schwere Körperverletzung. — Einfacher Diebstahl.] Der jetzt 31 Jahre alte Schuhmachermeister Oskar Hayn aus Breslau unterliegt bis zum Frühjahr 1877 mit der damals schon mehr als 40 Jahre zählenden unerbittlichen Marie Hübscher ein Liebesverhältnis. Während derselben Zeit unterliegt Hayn auch mit einem andern Fräulein ein Liebesverhältnis. Anstatt, wie oft versprochen, die Hübscher zu ehelichen, führte Hayn schließlich die Andere auf das Standesamt. Als die hübschere Marie H. von der Trauung des H. Kenntnis erhalten, verlangte sie von demselben die vielen Geld- und sonstigen Geschenke zurück, mit welchen sie den H. öfters unterstützt hatte. Hayn wies sie ab, und als ihn die H. am 15. Mai 1877 auf der Straße traf und ihre Forderung wiederholte, schloßerte er sie mit solcher Heftigkeit auf das Pflaster, daß die Hübscherin schwer verletzt liegen blieb. Mit Hilfe fremder Leute brachte man die Unglückliche in das Hospital zu Mittheilungen. Hier wurde ein complicirter Bruch des rechten Oberarmes konstatiert. Vom 15. Mai 1877 bis zum 12. October 1878, also nahezu 1 1/2 Jahre, war die H. an das Krankenlager gefesselt. In Folge des Bruchs war eine Verletzung des Hüftgelenkes eingetreten, welche der H. das Gehen nur an einer Krücke gestattete. Wie ein durch den verstorbenen Sanitätsrath Dr. Hobann ausgestelltes Attest besagt, ist die H. als unheilbar aus der Krankenanstalt entlassen worden; sie muß als eine Person betrachtet werden, welche durch die rohe Handlungsweise des Hayn in Sack- und Lähmung versallen ist.

Hayn ist nunmehr auf Grund der §§ 223 und 224 des Strafgesetzes unter Anklage gestellt. Er versucht zu leugnen, wird aber durch das Zeugnis der Verletzten und des Schutzmannes Kirch überführt. — Herr Staatsanwalt Warmbrunn bringt mit Rücksicht auf die große Brutalität des Angeklagten, durch welche die H. für ihre ganze Lebenszeit unglücklich geworden ist, eine einjährige Gefängnisstrafe in Antrag. Der Gerichtshof zieht die damalige Aufregung des Angeklagten in Betracht und erkennt aus diesem Grunde unter Annahme mildernder Umstände nur auf 6 Monate Gefängnis.

Auf eine wegen fahrlässiger Körperverletzung erhobene Anklage hat sich der 38 Jahre alte Arbeiter Karl Unger von hier zu verantworten. Der Angeklagte ist durchweg geständig, weshalb Staatsanwalt und Gerichtshof auf Vernehmung der vorgeladenen zwei Belastungszeugen, die Stiefkochin und die Ehefrau des Angeklagten, verzichteten. Aus der Vernehmung des U. ergibt sich, daß derselbe zeitweise in unglücklicher Ehe lebt. Am 15ten October 1879 räumte demzufolge seine Frau die gemeinschaftliche Wohnung und bezog eine in einem Hause der Hohenstraße gelegene Parterre-Stube. U. war darüber sehr aufgebracht. Nachdem er, wie wohl auch sonst, Spirituosen ziemlich zugesprochen, suchte er die neue Wohnung seiner Ehefrau auf. Hier warf er von der Straße aus einen Ziegelstein mit großer Kraft durch das Fenster in das Innere der Stube. Der Ziegelstein zertrümmerte aber nicht bloß das Fenster, sondern ergoß sich auch auf dem Kopf des U. und traf auch die in der Stube anwesende 11jährige Stiefkochin des U. so unglücklich an den Kopf, daß das Kind blutüberströmt zu Boden sank. Außer einer umfangreichen äußeren Verletzung des Kopfes erlitt das Mädchen eine ganz bedeutende Gehirnerschütterung, welche ein sechswochenlanges Krankenlager bedingte. — Der Angeklagte erklärt sich mit dem auf 14 Tage Gefängnis lautenden Strafantrag des Staatsanwalts einverstanden; der Gerichtshof erkannte nach Antrag.

Eine schwere Schädigung für unsere Preceptoren sind die sich nur allzu oft wiederholenden Collobiethale. Trotz der seit Jahren verhängten Aufsicht gelangt es nur selten, einen solchen Straßendiebes habhaft zu werden. — Heute betrat ein solcher Collobieth die Anklagebank. Es war dies der schon mehrfach mit langjährigem Zuchthaus bestrafte Arbeiter Franz Sanber aus Breslau. S. wurde am 25. November d. J. durch den Haushälter Carl Nimbach auf der Nicolaitraße abgefaßt, als er eben ein auf der Herrenstraße von einem Kollmann gestohlenen Collo forttrug. Diefen Umstand vermag S. nicht abzuleugnen, wohl aber leugnet er, den Diebstahl verübt zu haben. Ein fremder Herr hätte ihn mit dem Tragen des Badets beauftragt. Jener Herr sei nicht bei ihm auf dem Bürgersteig gegangen. Nur durch den Umstand, daß Nimbach ihn (den Angeklagten) festnahm, sei jener Herr unbemerkt im Gedränge entkommen. Welchen Glauben der Gerichtshof dieser nicht mehr ganz neuen Ausrede eines alten Zuchthäuslers schenken, können unsere Leser daraus ersehen, daß S. wegen einfachen Diebstahls verurtheilt und mit 3 Jahren Zuchthaus, 3 Jahren Ehrverlust und Polizeiaufsicht bestraft wurde.

R.-G.-E. [Reichs-Gerichts-Entscheidungen.] Ein Amtsdienster, welcher im Auftrage des Amtsvorsteher eine Hausdurchsuchung vornimmt, ohne daß ein Richter, ein Beamter der gerichtlichen Polizei oder der Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher mitwirkt, befindet sich nach einem Erkenntnis des Reichsgerichts, II. Strafsenat, vom 5. December 1879 im Geltungsbereich der preussischen Gefezgebung nicht in rechtmäßiger Ausübung seines Amtes, und der gegen die Hausdurchsuchung vom Hausbesitzer gethätigte Widerstand ist nicht strafbar. Hausdurchsuchungen dürfen nach § 11 des preussischen Gefezes vom 12. Februar 1850 zum Schutze der persönlichen Freiheit nur unter Mitwirkung des Richters oder der gerichtlichen Polizei und, wo diese nicht eingeführt ist, der Polizeicommissionen oder der Communal- oder Ortsbehörden geschehen. Der Amtsdienster ist ein untergeordnetes Hilfsorgan des Amtsvorsteher, und nur in die Hände des Letzteren ist im Bereiche der Kreisordnung vom 13. December 1872 nach den §§ 59 und 62 daselbst die Polizeiverwaltung für den Amtsbezirk verlegt, daß nach § 29 daselbst auch der Gemeindevorsteher als Organ des Amtsvorsteher für die Polizeiverwaltung in Fällen, wo die Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein sofortiges Einschreiten notwendig macht, das dazu erforderliche vorläufige anzuordnen und ausführen zu lassen berechtigt und verpflichtet ist. Eine von dem Amtsdienster vorzunehmende Hausdurchsuchung würde demnach die Mitwirkung des Amtsvorsteher oder des Gemeindevorsteher voraussetzen, welche durch die Ertheilung des bloßen Auftrages zur Hausdurchsuchung von Seiten des Amtsvorsteher nicht ersetzt wird.

In Bezug auf die neue Reichs-Strafprozessordnung hat das Reichsgericht, III. Strafsenat, durch Erkenntnis vom 29. November 1879 folgende bemerkenswerthe Entscheidungen gefällt: 1) Die erst in der Hauptverhandlung berichtete irrige Angabe des Tages, an welchem die respective That geschehen sein soll, in der Anklage begründet, wenn der Tathum als solcher nicht zu erkennen ist, eine veränderte Sachlage, welche einen Vertheilungsantrag des Angeklagten rechtfertigt, und ist das Verfahren nicht, wenn der gestellte Antrag abgelehnt wurde. Nach § 377 der Strafprozessordnung ist ein Urteil als auf einer Verletzung des Gefezes beruhend anzusehen, wenn die Vertheilung in einem für die Entscheidung wesentlichen Punkte durch einen Beschluß des Gerichts unzulässig beschränkt worden ist. Dieser Fall liegt dann vor, wenn die Bestimmung im § 264,4 über die Vertheilung der Hauptverhandlung trotz eines darauf gerichteten Antrags des Angeklagten verkehrt ist. Nach dieser Bestimmung hat das Gericht auf Antrag die Hauptverhandlung auszusuchen, falls dies in Folge der veränderten Sachlage zur genügenden Vorbereitung der Vertheilung angemessen erscheint. 2) Die Nichtvernehmung der vom Angeklagten vorgeschlagenen Entlastungszeugen begründet keine Beschwerde des Angeklagten, wenn die Ablehnung der Zeugen vor der Hauptverhandlung erfolgt ist und der Angeklagte bei der Hauptverhandlung die Vernehmung nicht mehr beantragt. Der Angeklagte war selbst in der Lage, durch Wiederholung seines Antrages in der Hauptverhandlung auf Vernehmung der vorgeschlagenen Entlastungszeugen eine desfallsige Beschlußfassung herbeizuführen. Wenn er das unterließ, den Schluß der Beweisaufnahme und die Verurteilung des Urtheils schweigend geschehen ließ, so ist die Nichtvernehmung des Antrages eben so wohl auf eine Unthätigkeit des Angeklagten wie auf eine solche des Vorsitzenden oder der Strafkammer zurückzuführen. Die Ausschließung des Vertheidigungsbeweises ist also nicht die Folge einer Beschränkung der Vertheidigung und das Urteil beruht auf einer Gefezverletzung.

Subhastationen.

Regierungsbezirk Reginh.

(Vom 16. bis 29. Februar.)

Amtsgericht Bunzlau. 27. Februar, 10 Uhr. Hausgrundst. 415. Bunzlau. **Amtsgericht Görlitz.** 17. Februar, 10 Uhr. Bauergut 25 und Landung 14. Schützenhain. 18. Februar, 10 Uhr. Bauergut 6. Ober-Vielau. 24. Februar, 10 Uhr. Haus- und Färbereigrundst. 684b. Görlitz. 25. Februar, 10 Uhr. Haus- und Gartengrundst. 799b. Görlitz. **Amtsgericht Falkau.** 26. Februar, 9 Uhr. Bauergut 18. Cünau. **Amtsgericht Hirschberg.** 20. Februar, 11 Uhr. Grundst. 981. Hirschberg. **Amtsgericht Liebau.** 17. Februar, 10 Uhr. Grundst. 169. Dittersbach. Grundst. 299, 414, 434 und 466. Liebau. 20. Februar, 10 Uhr. Grundst. 194. Liebau. **Amtsgericht Lüben.** 21. Februar, 10 Uhr. Mählengrundst. 244. Lüben. **Amtsgericht Parchwitz.** 27. Februar, 10 Uhr. Grundst. 263 (Zandwaaren-Fabrik). Parchwitz. **Amtsgericht Schmiedeberg.** 23. Februar, 10 Uhr. Haus 172. Schmiedeberg.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 15. Febr. Die Delegationen hielten heute Mittag ihre Schlusssitzungen. In der Sitzung der österreichischen Delegation theilte der Minister des Auswärtigen, Baron v. Haymerle, mit, daß die von der Delegation gefassten Beschlüsse die Sanction des Kaisers erhalten haben, gab der Versammlung die Anerkennung und den Dank des Kaisers für ihr opferwilliges und patriotisches Wirken bekannt und sprach derselben im Namen der gemeinsamen Regierung für das einträgliche Zusammenwirken den wärmsten Dank aus. Der Präsident der Delegation, v. Schmerling, hielt darauf eine Ansprache, in welcher er hervorhob, daß er in der bereits erfolgten kaiserlichen Sanction der Delegationsbeschlüsse einen sichtbaren Erfolg der glücklich gelösten Aufgabe der Delegation erblicke, welche sich bei ihrem patriotischen Streben von den Machtbedürfnissen des Reiches und durch die Rücksichtnahme auf die Finanzlage in gleichem Maße habe leiten lassen. Die Lösung dieser Aufgabe sei für die Delegation dadurch erleichtert worden, daß die Regierung selbst nur wirklich Nothwendiges verlangt habe. Er hege die Ueberzeugung, daß der allgemeine Friede nicht gefährdet sei. Die von einem Redner angedeuteten schwarzen Punkte seien seiner Anschauung nach nicht bedrohlich; dieselben unschädlich zu machen, werde die Aufgabe der Regierungen sein. Bezüglich der in mehreren Staaten Europas an den Tag tretenden Bestrebungen einer neuerlichen Vermehrung der Heere, sprach der Redner die Hoffnung aus, die österreichisch-ungarische Regierung werde diesem Beispiele nicht folgen. Der Redner wies sodann auf die Concentrirung der vollen Kraft und Thätigkeit des Parlaments zur Hebung der Volkswirtschaft und Heilung nicht ganz behobener Schäden hin und schloß mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser, in welches die Versammlung begeistert einstimmte. Der Delegirte Sturm dankte hiernach auf das Wärmste dem Präsidium für die unparteiische Leitung und der Regierung für ihr offenes Entgegenkommen. Die Session der Delegation ist hiermit formell geschlossen.

In der Schlusssitzung der ungarischen Delegation sprach der Sectionschef v. Kallay den Dank des Kaisers für den patriotischen Eifer und die Opferwilligkeit der Delegation und eben so den Dank im Namen der gemeinsamen Regierung aus. Der Präsident der Delegation, Cardinal Haynald, gab in seiner Schlusssprache ebenfalls der Zuversicht auf Erhaltung des Friedens Ausdruck und betonte, daß durch die einmüthige Billigung der auswärtigen Politik in beiden Delegationen die Bande noch enger geknüpft seien, welche beiden Theilen der Monarchie Kraft, Sicherheit und Schutz gewähren und dabei deren Selbstständigkeit innerhalb der Monarchie im höchsten Maße sichern. Der Bischof Szolvi sprach darauf im Namen der Delegation mit warmen Worten die Anerkennung für den Präsidenten der Delegation, so wie für die gemeinsame Regierung aus.

Rom, 15. Febr. Der „Diritto“ schreibt anlässlich der von den Blättern gebrachten Meldung, daß die österreichischen Garnisonen in Südtirol wegen der Agitationen der „Italia irredenta“ auf verstärkten Friedensfuß gesetzt worden seien: Man müsse diese Nachrichten für unbegründet halten; die Drohungen und Umräume der „Italia irredenta“ hätten nicht die Bedeutung, um eine derartige Maßregel zu rechtfertigen. Die italienische Regierung, welche von der immensen Majorität des Landes unterstützt werde, würde einen jeden die internationalen Beziehungen gefährdenden Act zu verhindern wissen. Der „Diritto“ schließt sich sodann der von anderer Seite gegebenen Erklärung an, daß zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn die besten Beziehungen fortwährend bestehen.

Neapel, 14. Febr. Das schwedische Expeditionsschiff „Vega“ ist in Begleitung von zwei Dampfbooten und zahlreichen Booten heute hier eingelaufen. Der Befehlshaber des Schiffes und die Expeditionsmitglieder wurden von den Civil- und Militärbehörden empfangen.

Paris, 14. Febr. Der Senat hat den auf dem im vergangenen Jahre zu London stattgehabten Telegraphen-Congresse vereinbarten Tarif genehmigt.

London, 15. Febr. Wie das „Reuter'sche Bureau“ erfährt, soll die Ernennung einer internationalen Liquidations-Commission für Egypten beschlossen und Rivers Wilson zum Präsidenten derselben designirt sein.

Kopenhagen, 15. Febr. Die regelmäßige Postdampferfahrt auf dem großen Belt ist wieder hergestellt.

Bukarest, 13. Febr. Deputirtenkammer. Bei der Berathung des Gesetzentwurfs über die Organisation der Dobrudscha widerlegte Urechia in seiner Eigenschaft als Mitglied der macedonisch-rumänischen Gesellschaft die Behauptung, daß Rumänen unter den rumänischen Einwohnern Macedoniens politische Propaganda betriebe, und erklärte, daß die aus Rumänien nach Macedonien gesandten Unterstufungen nur die Bestimmung hätten, den dortigen Rumänen zu Hilfe zu kommen und unter denselben die Kenntniss ihrer Muttersprache zu verbreiten. Der Redner betonte sodann den liberalen Geist des vorliegenden Gesetzentwurfs und hob hervor, daß man als Antwort auf die böswilligen Insinuationen in der Dobrudscha zeigen werde, wie Herzen erobert werden, indem man das heiligste Gebot der Menschen, die Religion und die Sprache der Väter achtet. Aus der Dobrudscha werde im Kleinen das gemacht werden, was die Balkan-Halbinsel in der Hand der Intelligenz werden könnte.

Risch, 14. Februar. In der Sitzung der Stupschina richtete Jovan Bozovic an die Regierung eine Interpellation über den Stand der Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn. In Beantwortung dieser Interpellation erklärte der Ministerpräsident Niksic, es sei die Hoffnung begründet, daß die Eisenbahnfrage und die Frage betreffend den Handelsvertrag bald eine günstige Lösung finden würden. Oesterreich-Ungarn hege keine feindselige Disposition gegen Serbien. Die Stupschina erklärte sich durch die Mittheilungen des Ministers befriedigt.

Newyork, 14. Februar. Der Hamburger Postdampfer „Westphalia“ ist heute hier eingetroffen.

Handel, Industrie etc.

Berlin, 14. Febr. Spiritus loco ohne Faß 59,4—59,5 M. bez., per

Februar und Februar-März 59,3—59,5—59,4 M. bez., der April-Mai 60 bis 60,2—60,1 M. bez., per Mai-Juni 60,2—60,4—60,3 M. bez., per Juni-Juli 61—61,2—61,1 M. bez., per Juli-August 61,9—62,1—62 M. bez., per August-September 62,1—62,3—62,2 M. bez. Gefündigt — Riter. Kündigungspreis — Markt.

Δ Breslau, 14. Februar. [Wochenmarkt-Bericht.] (Detail-Preise.) Auf den hiesigen verschiedenen Marktplätzen zeigte sich im Laufe dieser Woche wegen des stattgehabten Fastenfestes ein recht reger Verkehr. Restaureurs und Traiteurs hatten in Folge der bei ihnen arrangirten Gastmähler bedeutende Einkäufe an Geflügel, Fischen und Fleischwaaren zu machen. — An einzelnen Marktplätzen wurde schon früher, auf Frühbeeten gezogener Spargel und Radieschen feilgeboten, ein Beweis, daß das Frühjahr herannahet. Notirungen:

Fleischwaaren: Rindfleisch pro Pfund 50—55 Pf., Schweinefleisch pro Pfund 50—55 Pf., Hammelfleisch pro Pfund 50 Pf., Kalbfleisch pro Pfund 50—55 Pf., Speck pro Pfund 80 Pf., Schweinefleisch (unausgelassen) pro Pfund 80—85 Pf., Rauchschweinefleisch pro Pfund 70 Pf., Schinken, geflocht, 1 Markt 20 Pf. pro Pfund, Nindzunge pro Stück 1 M. 80 Pf. bis 3 M. Fische und Krebse. Aal pr. Pfd. 1 M. 50 Pf., Sand pr. Pfd. 1 M. 20 Pf., Lachs pr. Pfd. 1 M. 70 Pf. bis 2 M., Karpfen, lebende, 60 Pf., gemengte Fische pro Pfd. 60 Pf., Schleie pro Pfd. 70 Pf., Hummer pro Stück 2 M., Seehechte, todt, 50 Pf. pro Pfund, Koblau pro Pfd. 30 bis 40 Pf., Schellfisch pro Pfd. 35 Pf., Seezunge pro Pfd. 1 M. 30 Pf., Steinbutte pro Pfd. 1 1/2 M.

Federvieh und Eier. Auerhahn pro Stück 6—10 Mark, Auerhenne pro Stück 4—6 Mark. Capoun pro Stück 3 bis 4 Mark, Fühnerhahn, pro Stück 1 Markt 20 Pf. bis 1 1/2 Markt, Henne 1 1/2 Markt, Tauben pro Paar 90 Pf.—1 M., Gänse pro St. 4—9 M., Enten pro Paar 3—4 M., Gänseier pro Stück 15 Pf., Fühnerer das Schod 3 Markt 50 Pf., die Mandel 90 Pf.

Wild. Rebhuhn 17 1/2 Kilo 22—24 M., Hasen pro Stück 3 M. 60 Pf., Fasanen pro Paar 9 Markt. Großvögel pro Paar 60 Pf., Vorkühner pro Paar 7 M. 50 Pf. Schneebühner pro Paar 3 M. 50 Pf. Brot, Mehl und Hülsenfrüchte. Landbrot 5 Pfund 50 Pf., Commisbrot pro Stück 40 Pf., Weizenmehl pro Pfd. 16—18 Pf., Roggenmehl pro Pfd. 10—15 Pf., Gerstenmehl pro Pfd. 12 Pf., Haidebrot pro Liter 30 Pf., gestampfter Hirse pro Liter 40 Pf., Erbsen pro Liter 25 Pf., Bohnen pro Liter 25 Pf., Linsen pro Liter 30 Pf., Graupen pro Liter 30 bis 50 Pf., Grieß pro Liter 20 Pf.

Feld- und Gartenfrüchte. Kartoffeln Sad zu 150 Pfd. 4—4 1/2 M., pro 2 Liter 13 Pf., neue Kartoffeln aus Algier pro Pfund 80 Pf. bis 1 Markt, Spinat pro 2 Liter 15 Pf., Lumentohl pro Rose 30—50 Pf., Rosenkohl pro Liter 25 Pf., Fenchel und Grünkohl pro Korb 30 Pf., Petersilienwurzel pro Mandel 10 Pf., Zwiebeln pro Liter 15 Pf., Schalotten pro Liter 25 Pf., Knoblauch 1 Liter 15 Pf., Meerrettig pro Mandel 1 1/2—2 M., Sellerie pro Mandel 1 M., Rabunje pro Liter 35 Pf., rothe Rüben pro Korb 25 Pf., Weißkraut pro Mandel 1—1 1/2 M., Waukraut pro Mandel 1 1/2 bis 2 Markt, Weißkohl pro Mandel 25—30 Pf., Radieschen pro Gebund 50 Pf., Teltower Rüben pro Liter 10 Pf., Früher Spargel pro Pfd. 3 Markt. Salsbittersalz pro Rose 30 Pf., Schnittlauch pro Schill 40—50 Pf.

Süßfrüchte, frisches und gedörrtes Obst. Äpfel pro 1 Liter 10—15 Pf., Hagebutter pro Pfd. 80 Pf., welsche Äpfel pro Liter 40 Pf., Haselnüsse pro Pfund 40 Pf., gebadene Äpfel pro Pfund 50 Pf., gebadene Birnen pro Pfd. 25 bis 40 Pf., gebadene Pfäumen pro Pfd. 30—40 Pf., gebadene Kirchen pro Pfd. 40 Pf., Pfäumenmus pro Pfd. 50 Pf., Champanions pro Maßchen 60 Pf., geö. Bile pro Liter 40 Pf., Brunellen pro Pfd. 1 1/2 M., Datteln pro Pfd. 90 Pf., Feigen pro Pfd. 80 Pf.

Käse- und Fischbedürfnisse. Butter, Sesele und Tafelbutter pro Pfund 1 M. 20 Pf., Rohbutter 90 Pf., süße Milch 1 Liter 15 Pf., Sahne 1 Liter 40 Pf., Olmücker Käse pro Schod 1 M. 40 Pf. bis 2 M. 80 Pf., Limburger Käse pro Stück 75 Pf. bis 1 M., Sahnkäse pro Stück 20 bis 25 Pf., Kuchkäse pro Mandel 50 bis 70 Pf.

G. F. Magdeburg, 13. Febr. [Marktbericht.] Seit ein Paar Tagen hat sich das Wetter zum Thauen gewendet, und hofft man allseitig, daß der lange anhaltende Winter nunmehr sein Ende erreicht hat. Im Getreidegeschäft war es nach wie vor still; man bestrebt sich zwar, entsprechend den Notirungen an den Terminbörsen, höhere Preise zu erlangen, doch war dies in den meisten Fällen ohne Erfolg, da die Kaufkraft beschränkt blieb. — Weizen wurde auch ferner vom Lande gut zugeführt, ohne entsprechend Abfah zu finden, und haben sich unter diesen Umständen die Läger bei unseren Händlern weiter vermehrt. Wir notiren für guten Landweizen 216—222 Markt, Weißweizen 222—226 Markt, Rauchweizen 200—210 Markt für 1000 Algr. — In Roggen fand nur kleines Geschäft an benachbarten Mäulen zu Preisen von 187 bis 190 Markt für 1000 Algr. statt, in russ. Roggen unfertiges Weizen nichts umgekehrt. — Mit Gerste war es sehr still und Preise stellten sich, mit Ausnahme der allerfeinsten Sorten, die nur selten angeboten wurden, zu Gunsten der Käufer. Die bessere Chebaliergerste war zu Preisen von 198—212 Markt käuflich, Landgersten 178—188 Markt, Futtergerste 160—165 Markt für 1000 Algr. — In Hafer war es bei reichlichem Angebot still, gute hiesige Landwaare 154—157 Markt, fälschliche, böhmische und bairische Sorten 150—154 Markt für 1000 Algr. — Auch Mais über Bedarf angeboten. Amerikaner prompt lieferbar, 143—147 Markt, per März- und April-Lieferung 133—134 Markt, angewinterte und abzuladende Partien 130—131 Markt für 1000 Algr. einschließlich Fracht und Versicherung, gegen Ladechein zu bezahlen erlassen. — Hülsenfrüchte sehr ruhig, beste Victoria-Erbsen 239—244 Markt zu lassen, abfallende Sorten bis 220 Markt bezahlt, Futtererbsen 170—176 Markt, gelbe Lupinen 98—105 Markt, blaue 92—98 Markt, Widen nach Größe u. Farbe 160—180 Markt. Delfsaaten haben sich im Preise nicht geändert, in gutem Raps einige Frage a 252—257 Markt für 1000 Algr. Rüben 240—245 Markt, Dotterlaas 220—240 Markt, Leinsaat 250 bis 270 Markt für 1000 Algr. Rüböl 55,75—56,25 Markt. Rapsöl 13,50 bis 14,25 Markt für 100 Algr. — Gebadete Eschornenwurzeln, frostfreie Waare, 16 Markt für 100 Algr. Gld. Herbstlieferung von der neuen Ernte 15 Markt für 100 Algr. mit 6 M. Anzahlung. — Gebadete Runkelrüben 14 Markt für 100 Algr. — In Spiritus blieb der Verkehr äußerst geringfügig und selbst die von Tag zu Tag weiter ermäßigten Forderungen vermochten keine Belebung des Verkehrs hervorzuheben, da es an genügendem Abzug fehlte. Für Termine zeigte sich reichliches Angebot, doch fehlte es an Reflectanten, und dürften Abschlüsse nicht zu Stande gekommen sein. Kartoffelspiritus loco ohne Faß 61,5—61,2—61—60,8 Markt, per 10,000 Liter-pct. bezahlt. — Rübenspiritus 60—59,75—59,50—59,25 Markt bezahlt für prompte und Februar-Lieferung, per März-April 60,50—60 Markt, und Juni-September 62,50—62 Markt nominell.

Δ Breslau, 16. Febr., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war der Geschäftverkehr im Allgemeinen reger, bei stärkerem Angebot Preise gut preisbalten.

Weizen, nur zu notirten Preisen gut verkäuflich, per 100 Kilogr. schles. weißer 19,60 bis 21,20—22,10 Markt, gelber 19,50—20,70 bis 21,40 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei stärkerem Angebot behauptet, pr. 100 Kilogr. 16,50 bis 17,00 bis 17,30 Markt, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste preisbalten, pr. 100 Kilogr. 15,70 bis 16,80 Markt, weiße 17,00 bis 17,40 Markt.

Hafer gut behauptet, pr. 100 Kilogr. 14,00—14,80 bis 15,20 Markt.

Mais in fester Haltung, pr. 100 Kilogr. 14,00—14,50—15,20 Markt.

Erbsen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 13,50—14,60 bis 20,20 Markt.

Victoria 21,00—22,00—23,50 Markt.

Bohnen sehr fest, pr. 100 Kilogr. 20,50—23,50—23,00 Markt.

Lupinen, nur feine Qualitäten verkäuflich, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,20 bis 8,00—8,40 Markt, blaue 7,10—8,00—8,50 Markt.

Widen höher gehalten, pr. 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Markt.

Delfsaaten in fester Stimmung.

Pro 100 Kilogramm netto in Markt und Pf.

Schlag-Leinsaat 26 — 25 — 22 —

Winteraps 22 75 22 — 21 —

Winterrüben 22 25 21 25 20 25

Sommerrüben 22 75 21 50 20 25

Leindotter 21 75 21 25 20 50

Leinölchen in ruhiger Stimmung, pr. 50 Kilogr. 9,50—9,70 Markt.

Kleesaamen etwas stärker zugeführt, rother feine Qualitäten sehr fest, pr. 50 Kilogr. 39—44—48—50 Markt, — weißer ohne Aenderung, 44—53—62—74 Markt, hochseiner über Notiz.

Rapskuchen unverändert, pr. 50 Kilogr. 6,50—6,70 Markt, — fremde 6,10—6,30 Markt.

Tannentee ruhig, pr. 50 Kilogr. 42—50—60 Markt.

Thymothee unverändert, pr. 50 Kilogr. 18—22—25 Markt.

Mehl behauptet, pr. 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Markt, Roggen fein 26,50—27,50 Markt, Hausbuden 25,50—26,50 Markt, Roggen-Futtermehl 10,60—11,50 Markt, Weizenkleie 9,90—40 Markt.

Gen 2,50—2,80 Markt pr. 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—22,00 Markt pr. Schod a 600 Kilogr.

Breslau, 16. Febr. [Wasserstand.] D. P. 4 R. 46 Em. U. P. — R. — G.
Eisstand.

Breslau, 16. Febr. [Wasserstand.] D. P. 4 R. 46 Em. U. P. — R. — G.
Eisstand.

Nach kurzem Leiden verschied gestern
Aber plötzlich am Lungenstichlage der
Kreisgerichts-Salarien-Rassenbant
Herr Herrmann Merlek
in fast vollendetem 53. Lebensjahre.
Tief betraibt widmen diese Anzeige
Seine zahlreichen Freunde.
Striegau, den 15. Februar 1880.
Die Beerdigung findet Dienstag,
den 17. d. M., Nachm. 4 Uhr statt.

Nach Gottes unerforschlichem Willen verschied plötzlich am Herzschlage auf einer Befuchtsreise in Streben bei Anverwandten unsere einzige, geliebte Tochter, Schwester, Cousine und Nichte, Jungfrau [577]

Martha Rückert.

Diese tiefbetäubende Nachricht von den tieftrauernden Sinterbliebenen.

Stunzendorf, Frantenstein, Sireheln, den 14. Februar 1880.
Beerbigungstag: den 17. Februar, an ihrem 24. Geburtstag.

Heute früh 5½ Uhr entfiel uns der unerbittliche Tod unser innigst geliebtes Lengen im Alter von 8¼ Jahren.
Rorhsorf, den 14. Februar 1880.

festl. rtm. gebr. das Psf. 10, 12, 13 Psf. 11. Perl-Mocca gebr. d. Psf. 1, 50 M. hochfein. Menado, gebr. d. Psf. 1, 60 M. rob 20 versch. Sorten 70 bis 13¼ Psf. besser weißer Farin, das Psf. 38 Psf. ff. hart. Zuder im Brod 43, gev. 45 Psf.

C. G. Müller, Gr. Baumbrücke 2
und Klosterstraße Nr. 1a.

[576] Alfred und Emma Langel.

Stadt - Theater.

Montag, den 16. Febr. Zu halben Preisen. Zur Gedächtnisfeier Carl von Holtei's: „Lorbeerbaum und Bettelstab“; oder: „Drei Winter eines deutschen Dichters.“ Schauspiel in 3 Acten mit einem Nachspiel: „Bettelstab und Lorbeerbaum“, von Carl v. Holtei. Givout: Knigge mit Schlüssel.

[372] offerirt
Moritz Prager, Cohrau St.

Ein Reisender
sucht Stellung im Colon.: oder Probir-
Haus. Beste Referenzen.
Offerten A. N. 58 in den Brief-
der Bresl. Ztg. erbeten. [1712]

Ein herrschaftl. Diener.

bleau aus Holtei's dramatischen Werken.

Lobe-Theater. Erste
Montag, den 16. Febr. 10. Gastspiel
des Herrn Lb. Lebrun. „Der
Hypochondr.“

34 Mark zable für jedes
Preuß. 162. Lotterie und laufe jeden
Posten, auch auswärtige Lose.
Hawicz, Modemaaren-Sandlung,
Nicolaistraße 20. [1753]

Ein tüchtiger junger Kaufmann
bisher auswärtig in Colonial-
Engros- u. Getreide-Product-Geschäftig,
i. möglichst an hiesigem Platze
i. e. größeren Hause Stellung, eben-
vorläufig als **Volofair.** [2813]
Gefl. Off. erb. unter W. 2119 an
Hud. Mosse, Breslau, Obblauerstr. 8-1.

Pensionat für Töchter
von Frau Marie Blume,
Hirschberg i. Schl., am Cavalierberg.
Schulflchtige Töchter, sowie auch junge Mädchen, für welche Fortbildung
in Wissenschaften, Kunst und Sprachen, oder Erlernung der Wirthschaft ge-
wünscht wird, finden liebevollste Aufnahme. [555]

Prospekte und Referenzen durch die Vortheherrn.

Ad. Zepler's Lederwaaren-Lager nebst Koffer- und Taschen-Fabrikation ist jetzt nur Ring 47, Maschmarktseite (Haltestelle der Pferdebahn), parterre im Hofe. Verkauf zu billigen und festen Preisen unter Garantie der Haltbarkeit.

Provinzial-Thierschau zu Breslau
am 19. 21. Mai 1880.

Die Specialprogramme sind zu haben bei Herrn Veronin
Korn zu Breslau; Schluß der Anmeldungen am 1. März.
 Außer einer Reihe von Ehrenpreisen stehen 40,000 M. Geldprämien
 zur Verfügung. [1224]

XVII. Internationaler Maschinenmarkt.
 Der Breslauer landwirthschaftliche Verein veranstaltet nach sechs-
 zehnjährigen günstigen Erfolgen auch im Jahre 1880, und zwar:
am 8., 9. und 10. Juni
 in Breslau eine große Ausstellung und einen Markt von

Land-, Forst- und Hauswirthschaftlichen Maschinen und
Geräthen.
Programme und jede etwaige gewünschte Auskunft ertheilt der mit-
unterzeichnete Oekonomie-Rath Korn, Matthiasplatz 6; an denselben sind
die Anmeldungen bis spätestens ultimo März zu richten.
Verspätete Anmeldungen finden keine Berücksichtigung.
Breslau, den 6. December 1879. [1416]
Der Vorstand
des Breslauer landwirthschaftlichen Vereins.
Schellwitz. W. Korn.

Franz Baydel in Duppeln,
Pianoforte-Magazin,
empfiehlt [579]
Flügel und Pianinos
aus renommirtesten Fabriken zu soliden Preisen.

Bluthner'sche Flügel mit und ohne Aliquot System, sowie Pianinos sind wieder in schöner Auswahl eingetroffen.

Unter Gehaltsgarantie bietet reellen und billigsten Bezug ihrer bekannten und vielfach prämiirten
[2563]
chem. Düngemittel aller Art,
Knochenpräparate, Superphosphate, Ammoniakdünger, Kalisalze, Kartoffel- und Weizenbünner etc. etc. Inspecielle Arisalküte und erhöht möglichst früh-

Gleiwitzer Chemische Fabrik Dr. D. Hiller. Billige Lieferung von Siebig's Fleischfüttermehl, Napstuchen, Salz und Lebküchle, Wagenfett, Maschinenöl.

Silesia, Verein chemischer Fabriken. Unter Gehalts-Garantie offeriren wir die bekannten Dünger-Präparate unserer Fabriken zu **Saaraa, Breslau und Merzdorf**, sowie die sonstigen ansehnlichen Düngemittel **Arachen und Azeia-Courents**.

Die die folgenden handlichen Bedingungen jedoch an mich
 auf Verlangen franco. Bestellungen bitten wir zu richten an um
 Adresse entweder nach **Saarsau, Breslau** (Schweidn. Stadth. 12)
 oder nach **Merzdorf** (a. d. Schles. Geb.-B.). [2797]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
 Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Die die folgenden handlichen Bedingungen jedoch an um
 auf Verlangen franco. Bestellungen bitten wir zu richten an um
 Adresse entweder nach **Saarsau, Breslau** (Schweidn. Stadtr. 12)
 oder nach **Merzdorf** (a. d. Schles. Geb.-B.). [2797]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
 Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.

Die die folgenden handlichen Bedingungen jedoch an um
 auf Verlangen franco. Bestellungen bitten wir zu richten an um
 Adresse entweder nach **Saarsau, Breslau** (Schweidn. Stadtr. 12)
 oder nach **Merzdorf** (a. d. Schles. Geb.-B.). [2797]

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
 Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.